

Arbeitskreis I  
und Arbeitskreis IV  
verantwortlich: Gesine Löttsch und Klaus Ernst  
11. Juni 2010

Sparpaket der Bundesregierung:

## Reiche und Profiteure der Krise werden geschont, Erwerbslose und Familien müssen bluten

Die Bundesregierung hat auf ihrer Kabinettsklausur am 6./7. Juni 2010 ein **Sparpaket beschlossen**, mit dem gegenüber dem Haushalt 2010 in den vier kommenden Jahren **rund 80 Mrd. Euro** Minderausgaben und Mehreinnahmen bewirkt werden sollen. Auf 2010 entfällt eine Summe von 11,2 Mrd. Euro, in 2012 sollen es 19,1 Mrd. Euro, in 2013 23,7 Mrd. Euro und in 2014 27,6 Mrd. Euro sein. Trotzdem bleibt für 2014 immer noch eine Finanzierungslücke von 5,6 Mrd. Euro.

Das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik ist tatsächlich nichts anderes, als ein Kürzungspaket. Denn rd. 30 Mrd. Euro der Maßnahmen sollen über Kürzungen im sozialen Bereich eingesammelt werden. Für den Rest soll die Wirtschaft aufkommen, wobei völlig unklar ist, ob die anvisierten Mehreinnahmen jemals zustande kommen. Ziemlich sicher ist, dass die Wirtschaft die Kosten über Preis-erhöhungen auf die Bürgerinnen und Bürger abwälzen wird.

Bildung und Forschung sollen vorerst nicht angetastet werden. Am im Koalitionsvertrag aufgestellten Ziel, bis 2013 zusätzlich 12 Mrd. Euro für Bildung, Forschung und Entwicklung bereit zu stellen, will die Bundesregierung fest halten. Dies klingt erst mal gut. Allerdings entfallen von diesen geplanten Mehrausgaben auf Bildung nur 1,5 Mrd. Euro pro Jahr, was den Bedarf bei weitem nicht deckt. Außerdem müssen die Länder, die den Hauptteil der Bildungsausgaben aufbringen, dank verfehlter Steuerpolitik des Bundes und Schuldenbremse eigene Sparpakete auflegen und dabei fast unweigerlich bei der Bildung zulangen, so dass die 1,5 Mrd. Euro schnell zunichte gemacht sein werden.

Das Kürzungspaket der Regierung ist ein **unvollständiges Sammelsurium mit heftiger sozialer Unwucht**. Bei Hartz IV-Beziehenden, Arbeitslosen und Familien wird rigoros gespart. Die **Beteiligung der Wirtschaft** am Sparpaket ist dagegen **übersichtlich**. Die Brennelementsteuer, die am meisten bringen soll, wird von der Bundesregierung an die strikt abzulehnende Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken geknüpft. Sie stellt außerdem keine Belastung der Unternehmen, sondern eine teilweise Abschöpfung von zusätzlichen Gewinnen der Atomwirtschaft, die durch den Emissionshandel und die Laufzeitverlängerung erst ermöglicht werden. Andere Beiträge, die die Wirtschaft angeblich leistet (Luftverkehrsabgabe, Bahndividende), werden im Ergebnis die Verbraucher belasten, weil die Unternehmen die Kosten umlegen werden. Die geplante Bankenabgabe ist kein Beitrag zur Finanzierung der Krisenkosten, sondern soll die Banken bei der nächsten Finanzkrise retten.

Die **Bankenabgabe** fällt zudem **sehr bescheiden** aus. Andere Maßnahmen zur angemessenen **Haftung der Finanzmarktbranche** sollen auf internationaler und europäischer Ebene voran gebracht werden, was angesichts der erwartbaren Widerstände auf dieser Ebene als reines **Placebo** gelten muss. Von Maßnah-

men zur **Umverteilung von oben nach unten** durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes - und einer gerechteren Erbschaftssteuer sowie eine Vermögenssteuer findet sich in dem Paket **keine Spur**. Diejenigen, die an den Finanzspekulationen besonders gut verdient haben, bleiben also außen vor. Die Einsparungen im sozialen Bereich und im öffentlichen Dienst werden zu **mehr Arbeitslosigkeit** führen und die **Binnennachfrage endgültig abwürgen**.

## Elemente des Sparpakets aus Sicht der LINKEN:

Maßnahme	Inhalt	Bewertung
<b>Ökologische Steuern</b> (Volumen 9,5 Mrd. Euro bis 2014)	Weniger Ausnahmen bei der <b>Öko-steuer</b> , <b>Abgabe auf Flugtickets</b>	Beides sinnvoll; fordert die LINKE seit Jahren.
<b>Beteiligung von Unternehmen</b> (Volumen 19,2 Mrd. Euro)	<b>Brennelementesteuer</b> <b>Bankenabgabe</b> <b>Abschöpfung Bahngewinne</b> <b>Vorrang Staatsforderungen bei Insolvenz</b>	Eine <b>Sondersteuer auf Atomenergie</b> ist zu befürworten, darf aber nicht an Laufzeitverlängerungen geknüpft werden. Eine <b>Bankenabgabe</b> sollte nur die Banken betreffen, die von Staatshilfen profitiert haben und übermäßige Risiken eingegangen sind, nicht Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Mit zwei Mrd. Euro ist die Beteiligung der Banken zudem zu niedrig. DIE LINKE will durch eine Finanztransaktionssteuer 8-15 Mrd. Euro jährlich einnehmen und Banker-Boni mit einer bis vier Mrd. Euro besteuern. Bei der <b>Bahndividende</b> besteht die Gefahr, dass statt einer Aufgabe der Expansionsstrategie eine Einschränkung von notwendigen Investitionen und eine Verteuerung der Preise erfolgen. <b>Fiskusprivileg:</b> Positiv: Schwächung der Gläubigerstellung von Banken; kann allerdings problematisch für Überlebenschancen von Unternehmen werden; notwendig: Überarbeitung der Insolvenzordnung
<b>Sozialausgaben</b> Erwerbslose Volumen: 29,5 Mrd. € Elterngeld und Wohngeld Volumen: 0,7 Mrd. €	<b>Erwerbslose:</b> Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen, Effizienzverbesserungen Vermittlung SGB II Abschaffung Zuschlag ALG II nach Übergang von ALG I kein Zuschuss mehr für Rentenversicherung bei ALG II  <b>Elterngeld:</b> Abschaffung Elterngeld bei ALG II Senkung Lohnersatzrate von 67 auf 65 Prozent  <b>Wohngeld:</b> Streichung Heizkostenzuschuss	<b>Erwerbslose:</b> trotz weiterhin hoher tatsächlicher Arbeitslosigkeit wird großer Teil der aktiven Arbeitsmarktpolitik weg gekürzt; vom „Fördern“ bleibt nichts mehr übrig; Ermessensleistungen können Willkür Vorschub leisten.  Abschaffung befristeter Zuschlag verschärft sozialen Abstieg langjährig Beschäftigter.  Kürzung bei Renten führt zu mehr Altersarmut und höherer Belastung der Kommunen (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung).

		<p><b>Elterngeld:</b> Abschaffung Elterngeld bei ALG II trifft Eltern in Hartz IV materiell sehr hart und nimmt ihnen den letzten Rest der Anerkennung Erziehungsarbeit.</p> <p><b>Wohngeld:</b> Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wegen hoher Energiepreise weiterhin notwendig.</p> <p>&gt; alle Maßnahmen führen zu sinkenden Einkommen und damit sinkender Konsumnachfrage.</p>
<p><b>Bundeswehr</b> Volumen: 4,0Mrd. €</p>	Prüfauftrag für Streitkräftereform	Pläne noch sehr vage, faktisch Einstieg in Berufsarmee. Kein einziges Rüstungsprojekt wurde gestrichen.
<p><b>Verwaltung</b> Volumen: 13,4 Mrd.€</p>	<p><b>Personal:</b> Streichung von 10.000 Stellen, Gehaltskürzung von 2,5 Prozent bei Beamten</p> <p><b>Ausgaben:</b> Kürzung flexibler und disponibler Ausgaben der Bundesverwaltungen</p>	<p><b>Personal:</b> Beeinträchtigung der Verwaltung, höhere Arbeitslosigkeit durch Stellenwegfall, geringere gesamtwirtschaftliche Nachfrage.</p> <p><b>Ausgaben:</b> Kürzungen bei Ausgaben des Bundes können sinnvoll sein (z.B. Rüstungsprojekte, Auslandseinsätze); Sparvolumen bei flexiblen und disponiblen Aufgaben nicht konkretisiert und gesichert („Luftbuchungen“)</p>
<p><b>Sonstiges</b> Volumen: 5,4 Mrd. €</p>	Verschiebung Baubeginn <b>Stadtschloss Berlin</b> <b>Zinersparnis</b>	<p><b>Schloss ist überflüssig</b></p> <p><b>Zinseinsparung</b> nur bei Erfolg des Programms; wird Binnennachfrage geschwächt und Konjunktur abgewürgt, umso höhere Ausgaben</p>

### **Gespart wird vor allem an Erwerbslosen, Hartz IV-Beziehenden und Familien.**

Allein in der **Arbeitsmarktpolitik** sollen durch die **Umwandlung von Anspruchs- in Ermessensleistungen** bis 2014 16 Mrd. Euro eingespart werden. Was genau gemacht werden soll, ist noch völlig unklar. Stellt man jedoch in Rechnung, dass der Eingliederungstitel im SGB II derzeit 6,6 Mrd. und im SGB III rund 12 Mrd. Euro pro Jahr beträgt (in letzterem auch Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld enthalten), wird deutlich, dass die Arbeitsmarktpolitik ohne Rücksicht auf die Perspektiven der Betroffenen zum Sparschwein der Nation gemacht wird. Vom viel beschworenen Fördern von Erwerbslosen wird dann erst recht nichts mehr übrig bleiben. Dabei ist aktive Arbeitsmarktpolitik – und hier gerade gute, qualitativ hochwertige Maßnahmen – angesichts einer tatsächlichen Arbeitslosigkeit von 4,45 Mio. (im Mai 2010) nach wie vor dringend nötig.

Bei **Hartz IV** soll mit **dem Übergangszuschlag** das letzte Element, das nach Abschaffung der Arbeitslosenhilfe den sozialen Absturz nach dem Arbeitslosengeld mildert, gestrichen werden. Die bereits auf ein klägliches Maß geschrumpften **Rentenbeiträge** werden vollends abgeschafft.

Eltern in Hartz IV, denen bei der Einführung des Elterngeldes bereits ein Jahr Erziehungsgeld gestrichen wurde, wird nun auch noch das **Mindestelterngeld von 300 Euro** weg genommen (Ausnahme: Erwerbstätige mit aufstockenden Leistungen nach SGB II). Dabei wird völlig unterschlagen, dass der Zweck des Elterngelds – wie bereits des früheren Erziehungsgelds – eine finanzielle **Unterstützung bei der Kindererziehung** ist, und nicht die Existenzsicherung von Eltern oder Kindern. Eltern in Hartz IV wird diese Honorierung von Erziehungsarbeit genommen. Auch wird selbst im ersten Lebensjahr des Kindes mit Arbeitsanreizen argumentiert, die nicht beeinträchtigt werden sollen. Zwischen Eltern, die Elterngeld als Lohnersatzleistung beziehen, und Eltern in Hartz IV wird damit mit völlig ungleichem Maß gemessen. Es gibt offenbar Kinder, die mehr und welche, die weniger erwünscht sind!

Dieses Sparpaket ist **hochgradig unsozial**. Es zeigt ganz klar: **Schwarz-Gelb schont die Verursacher und Profiteure der Krise und bitte die kleinen Leute und die Familien zur Kasse**. Die am wenigsten haben, müssen am meisten bluten. Spekulanten, Hochverdienende, Vermögende und Erben kommen dagegen ungeschoren davon. Das ist nicht nur feige, sondern auch Gift für die wirtschaftliche Erholung. Merkel und Westerwelle sparen uns weiter in die Krise! Davor hat selbst der US-amerikanische Finanzminister Geithner dringend gewarnt.

Gegen diesen Irrsinn gilt es zusammen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden breiten **Widerstand zu organisieren**.

**DIE LINKE** fordert dagegen eine grundsätzliche Umkehr in der Steuerpolitik. Mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer, eine höheren -Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer, eine gerechtere Erbschaftssteuer, eine Reform der Unternehmensbesteuerung, eine Finanztransaktionssteuer, eine Verbesserung des Steuervollzugs sowie eine Steuer auf Banker-Boni können **jährlich rund 160 Mrd. Euro** eingenommen werden und die Krisenverursacher und –gewinnler gerecht an den Kosten der Krise beteiligt werden. Alle anderen Wege führen in eine Sackgasse der Stagnation und der sozialen Ungerechtigkeit.